

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Dirk Saam

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Außergerichtliche Gewalt und Verschleppungen

Die Tageszeitung *New Age* veröffentlichte Ende November 2014 eine Artikelserie, die das Verschwinden von 19 Studenten im Zeitraum vom 28. November bis 11. Dezember 2013 beleuchtet. Augenzeugenberichten zufolge wurden die Studenten, die alle Unterstützer von Oppositionsparteien sein sollen, von Sicherheitskräften entführt und sind seitdem verschwunden. Sie verschwanden zu einem Zeitpunkt, als die Opposition ihrer Forderung nach der Wiedereinführung einer Übergangsregierung mit Straßenblockaden und Generalstreiks Nachdruck zu verleihen suchte. Aus Regierungskreisen verlautete, dass alle vermissten Studenten untergetaucht seien, um sich der Strafverfolgung im Zusammenhang mit gewalttätigen Ausschreitungen im besagten Zeitraum zu entziehen. Einem Untersuchungsbericht zufolge waren 21 Mitarbeiter des paramilitärischen *Rapid Action Battalion* (RAB) an der Ermordung von sieben Menschen beteiligt, deren Leichen im Mai dieses Jahres im Narsyanganj-Distrikt östlich von Dhaka aufgefunden worden waren. Brisant ist, dass der am 10. Dezember 2014 beim Obersten Gericht eingereichte Bericht von RAB-Mitarbeitern erstellt wurde. Die genauen Tathintergründe sind bisher noch unbekannt. Verhaftet wurden bisher drei RAB-Angehörige. Unter den Todesopfern befindet sich ein gewähltes Mitglied des Stadtrates. Die Morde in Narayanganj haben die Debatte um die Auflösung des RAB neu entfacht. Die Sondereinheit steht seit ihrer Gründung im Jahr 2004 in der Kritik, auf der Jagd nach Verbrechern Verdächtige gezielt zu töten und in Verhören zu foltern.

Freie Meinungsäußerung

Der in Bangladesch lebende britische Journalist David Bergman ist wegen „Missachtung des Gerichts“ vom Kriegsverbrechertribunal verurteilt worden. Er wurde am 2. Dezember 2014 zu einer symbolischen Haft bis zum Ende der Gerichtssitzung am selben Tag sowie zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Journalist hatte sich in seinen Blog-Einträgen wiederholt kritisch zum Kriegsverbrechertribunal geäußert und hier unter anderem die von der Regierung angegebene Zahl der Toten des Unabhängigkeitskrieges von 1971 gegen Pakistan infrage gestellt. Internationalen Menschenrechtsorganisationen zufolge sende das Urteil eine abschreckende Botschaft, dass das Gericht keine aus ihrer Sicht sachlich vorgetragene Kritik dulde.

Todesstrafe gegen Kriegsverbrecher

Erstmals ist ein früheres Mitglied der *Awami League*, der Partei von Premierministerin Sheikh Hasina, vom Kriegsverbrechertribunal verurteilt worden. Am 23. November 2014 verhängten die Richter die Todesstrafe gegen Mobarak Hossain. Das Tribunal sieht es als erwiesen an, dass er während des Unabhängigkeitskrieges von 1971, damals noch als Mitglied der islamistischen *Jamaat-e-Islami*, an der Tötung von 33 Zivilisten beteiligt war. Bis zum Jahr 2012 war Mobarak Hossain 16 Jahre lang als Lokalpolitiker der *Awami League* tätig gewesen. Bislang hat das Kriegsverbrechertribunal 13 Urteile ausgesprochen, vor allem gegen *Jamaat*-Funktionäre und -Mitglieder.

Restriktive NRO-Gesetzgebung

Am 1. Dezember 2014 wurde eine neue NRO-Gesetzgebung im Kabinett verabschiedet. Diese sieht unter anderem eine verschärfte Kontrolle von Projekten bangladeschischer NRO vor, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Laut Regierung soll die Gesetzesnovelle die Rechenschaftspflicht der Organisationen verbessern. NRO-Vertreter befürchten allerdings, dass es durch verschärfte Kontrollen zu erheblichen Problemen bei der angemessenen Projektdurchführung kommen könnte. Zudem bestünde die Gefahr, dass Projekte gar nicht erst bewilligt werden. Noch ist unklar, ob vor der Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament NRO konsultiert werden sollen.

Neues deutsches Textilbündnis

Gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller am 16. Oktober 2014 das sogenannte „Textilbündnis“ auf den Weg gebracht. Ziel ist es, eineinhalb Jahre nach dem Einsturz der Textilfabriken im Rana-Plaza-Gebäude konkrete Verbesserungen der sozialen und ökologischen Standards in der Textil- und Bekleidungsindustrie zu erreichen. Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen begrüßen die Initiative als hilfreichen ersten Schritt. Durch sie soll auf freiwilliger Basis ein Bündnis zur Umsetzung von öko-sozialen Standards in der globalen Lieferkette von Bekleidung ins Leben gerufen werden.